



Die Europäische Union ist eine über 50 Jahre währende Erfolgsgeschichte – diese Union ist ein Unikat.

Nirgends auf der Welt hat es vorher etwas Ähnliches gegeben, und die Erfolge, die sich im heutigen Stand der Europäischen Union manifestieren, waren nicht immer einfach zu erringen.

Im Gegenteil: Europa ist nicht nur ein Unikat, es ist auch ein Unikum, denn viele seiner Errungenschaften haben sich erst im zweiten oder dritten Anlauf durchgesetzt. Schon die Geburt der EU gelang erst im zweiten Anlauf, der erste Anlauf, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) scheiterte. Der Beitritt eines der wichtigsten Mitgliedsländer der EU, Großbritanniens, scheiterte gleich mehrfach an der Obstruktion de Gaulles. Auch dem von Helmut Schmidt und Valerie Giscard d'Estaing tatkräftig betriebenen Europäischen Währungssystem (EWS) und seiner Rechnungseinheit ECU (European Currency Unit) blieb die allgemeine Akzeptanz versagt, erst der Euro, die "zweite, verbesserte Auflage", setzte sich durch.

In den europapolitischen Debatten Ende der achtziger Jahre wurde der von vielen Bürgern als akademisch empfundene Streit, was denn nun Priorität haben solle, eine Erweiterung oder eine Vertiefung der EU zunächst nicht so recht als vitale Frage begriffen. In diese Situation hinein kam die plötzliche Desintegration des Ostblocks, der Fall der Mauer und die neu auflebende Existenz zahlreicher, nun souveräner Staaten in Mittel- und Osteuropa, die früher Bestandteile des Sowjetblocks gewesen waren.

Damit wurde die Debatte über "Vertiefen oder Erweitern" in der Tat akademisch. Es musste erweitert werden, um die staatlichen Überbleibsel des Ostblocks nicht als "ungeordnet marodierende Einheiten" zu belassen, sondern sie aufzufangen und in einer geordneten Form zu integrieren. Die EU hat den Bewohnern dieser Staaten nicht nur den Zugang zu einem Wohlstand gegeben, der bis dahin nur im Westen herrschte, sondern sie hat mit den strengen Maßstäben, die sie an Rechtsstaatlichkeit und geordnetes Regierungshandeln legt, auch einen beispielhaften Ansporn zur Demokratisierung der osteuropäischen Gesellschaften gegeben und so Wohlstand, Stabilität und Sicherheit geschaffen.

Europa hat durch diesen Vorgang neue Impulse, neue Dynamik erlangt und seine politische Einmaligkeit erneut unter Beweis gestellt. Dieses "Aufsammeln - Müssen" der Bruchstücke des früheren Ostblocks führte die EU jedoch endgültig in eine Situation, in der sie sich neue Spielregeln geben musste, denn die alte Gemeinschaft von sechs Gründungsmitgliedern konnte mit weit über zwanzig Mitgliedern nicht mehr so funktionieren wie vorher.

An diesem Punkt der Entwicklung rächte es sich, dass die Brüsseler "Eurokraten" im Laufe der Jahre immer mehr an Bürgernähe verloren hatten. Die dringend nötig gewordenen Reformen der EU, die mit den Werkzeugen der Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon auf den Weg gebracht werden sollten, scheiterten an Volksabstimmungen in etlichen Mitgliedsstaaten und / oder mussten in langwierigen Verfahren durch Verfassungsgerichte europäischer Mitgliedsstaaten geprüft werden, bis endlich der letzte dieser Verträge, der Vertrag von Lissabon, dann umgesetzt werden konnte. Wieder einmal hatte sich unter Beweis gestellt, dass nicht immer auf Anhieb gelingt, was die Europäische Union vorwärts bringen will.

Die Europäische Union ist zwar eine Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen sucht, sie ist aber auch - und die zahlreichen gescheiterten Referenden haben das belegt - von einem großen Makel behaftet: ihr fehlt die Bürgernähe, ihre Kommunikation mit der eigenen Bürgerschaft ist katastrophal!

Für Europapolitik gilt das Selbe, was für Politik im Allgemeinen gilt: Politik setzt Kommunikation voraus. Wer zu bestimmen vermag, wann und wie und was mit wem kommuniziert wird, der hat auch die Zügel der Politik in der Hand. Diese Erkenntnis ist letztlich ein alter Hut, der noch heute wasserdicht ist.

Früher fuhren die Panzer zum Rundfunkgebäude, wenn Staatsstreik war, heutzutage wird das Internet abgeschaltet, und die Mobiltelefone finden plötzlich kein Netz mehr.

Im „arabischen Frühling“ ist uns das in eindrucksvoller Weise vorgeführt worden. Die Herrscher dort haben verpennt, dass in den modernen Kommunikationsmitteln Internet und Mobiltelefon auch das Potential zur politischen Kommunikation steckt. Die erdrutschartigen Ereignisse in Ägypten, Tunesien, Libyen und anderen Ländern der Region waren ein böses, aber zu spätes Erwachen für etliche der Herrscher dort. Der Erdbeben geht langsam weiter!

Kommunikation und Politik sind in vielfacher Form miteinander verwoben. Im Verlauf der japanischen Nuklearkatastrophe prasselten uns schlimme Nachrichten ohne Unterbrechung ins Haus. Je mehr schlimme Nachrichten auf die Bürger einstürzen, umso mehr ist die politische Führung gefordert, Lösungen anzubieten und Auswege aufzuzeigen. In den repräsentativen Demokratien sind es aber nicht immer die Eliten eines Landes, die in den öffentlichen Spitzenämtern sitzen, sondern die Repräsentanten der Bürger. Salopp gesagt sind das Zeitgenossen, die eher dem Durchschnitt nahe sind, den sie repräsentieren.

Wenn die Fragen, die nachrichtenintensive Zeiten aufwerfen, deutlich mehr werden, als unsere - liebevoll gesagt: durchschnittsnahen - Repräsentanten beantworten können, zeigt sich ein Kommunikationsdefizit der Politik. Beim Bürger wächst das Unbehagen über seine Repräsentanten. So mancher Politiker musste schon den Hut nehmen, wenn er in turbulenten Zeiten nur Antworten von durchschnittlicher Menge und Qualität anzubieten hatte.

Leider hat auch das Problem der mangelnden Bürgernähe der EU mit einem Kommunikationsdefizit zu tun. Damit ist das partielle Scheitern der Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza gemeint, das belegt, dass Europa viel zu weit über den Köpfen seiner Bürger stattgefunden hat. Dies ist umso bedauerlicher, weil die Instrumente zur Behebung dieses Defizits auf dem Tisch liegen.

Es sind die Instrumente, die Schulen und Universitäten in der Lage versetzen, den Horizont des Unterrichts auf ganz Europa auszudehnen. Hans-Dietrich Genscher sagte im Januar 2011 in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung: "Die Renationalisierung des Denkens in der öffentlichen Debatte vieler Mitgliedsstaaten, auch in Deutschland, sehe ich mit Besorgnis. Deshalb ist es wichtig, sich auf den Kern der Europa-Idee zu besinnen: Zuallererst die Lehren aus der Geschichte zu ziehen." Die Instrumente sind die modernen Kommunikationsmittel des Internets und ihr intelligenter Gebrauch, um die Debatte über Europa und viele anderen wichtigen Themen aus der von Genscher bedauerten "Renationalisierung" herauszuheben.

Die plötzliche Lähmung der EU, auf Krisen wie in Japan, Libyen und – ganz besonders schlimm - in Griechenland geschlossen und schnell zu reagieren muss allen, die an der Europäischen Integration arbeiten, Anlass zu neuem Denken geben. Neue Ideen, neue Konzepte und neue Programme sind nun notwendig, die gemeinsam mit den Bürgern Europas erarbeitet, abgestimmt und beschlossen werden müssen, damit ein starkes Europa der Gemeinsamkeiten entsteht. Es wäre doch so schön gewesen, wenn Europa auf die Krisen des letzten halben Jahres schnell mit einer Stimme reagiert hätte.

Europa war gefordert und hat versagt.

Müssen wir denn schon wieder auf den zweiten Anlauf warten? Wie sagte Hans-Dietrich Genscher? "Es ist jetzt schon absehbar, dass das 21. Jahrhundert bestimmt wird von wenigen großen Staaten und von regionalen Zusammenschlüssen - wie die EU einer ist. Nicht der einzige, aber derjenige, der am stärksten die Integration vorangebracht hat. Das ist für uns Europäer eine unglaubliche Chance. Auch das muss man noch deutlicher herausstellen."

Dem ist kaum noch etwas hinzu zu fügen. Außer unserer Hoffnung...

Jüri Martinsen, July 2011

